

Mehrheit nimmt Geld in die Hand

Im Doppelhaushalt sind Mittel für Investitionen eingepplant – SPD kritisiert ungleiche Behandlung der Stadtteile

VON DENNIS VLAMINCK

Bergheim. Der Bergheimer Stadtrat hat mit Stimmen von CDU, Grünen und FDP den städtischen Haushalt für die Jahre 2017 und 2018 verabschiedet. Es war der letzte Haushalt, den Bürgermeisterin Maria Pfordt und Kämmerer Alfred Faßbender vorbereitet worden war. Pfordt hat sich aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzen lassen, Faßbender geht Ende des Jahres in Pension.

Johannes Hübner, Vorsitzender der Mehrheitsfraktion CDU, verzichtete bei seiner Haushaltsrede auf einen Gang zum Rednerpult und blieb an seinem Platz sitzen. „Für große Reden ist angesichts eines kommunalen Haushalts nicht die Zeit“, sagte Hübner. Er betonte, dass die CDU dem Etat ihren Stempel aufgedrückt habe, etwa durch Projekte, die bereits langfristig verfolgt würden wie der Kunstrasenplatz in Niederaußem, aber auch durch Änderungen, die man am Entwurf der Kämmerei vorgenommen habe.

So habe man sich für den Bau des Kunstrasenplatzes in Kenten entschieden oder auch für den Abriss des Obdachlosenheims am alten Sportplatz in Quadraath-Ichendorf, um dort einen Kindergarten zu bauen.

Drei neue Turnhallen

„Es ist ein Haushalt der Vernunft, aber auch der Schwerpunkte“, sagte Hübner und verwies auf die Themen Bildung, Jugend und Vereinswesen, die die CDU bevorzugt behandle. Es werde Geld für neue Kindergärten, für drei neue Turnhallen, für den Neubau der Fortunastraße und für das Sportzentrum in Glessen ausgegeben.

Die SPD monierte, dass fast alle ihre Vorschläge keine Unterstützung gefunden hätten, etwa die Schaffung eines „Assistentenpools zur Verbesserung der Schwimmfähigkeit“. Fraktionsvorsitzende Fadia Faßbender kritisierte zudem eine Ungleichbehandlung der Stadtteile: „Es ist nicht länger zu akzeptieren, dass bestimmte Stadtteile wie unter anderem Oberaßem, Niederaußem oder Quadraath-Ichendorf mit einer ohnehin anfalligen Sozialstruktur die Hauptlasten zum Beispiel bei



Die Fortunastraße in Oberaßem gilt als veraltet und soll im Ort für rund zehn Millionen Euro neu gebaut werden.

Archiefoto: Frutz

der Flüchtlingsunterbringung tragen und ihnen dann noch die Infrastruktur genommen werden soll, die ihren Stadtteil noch irgendwie liebens- und lebenswert macht.“ Einnahmen, Ausgaben und Investitionen in Stadtteilen müssten „stadteilscharf“ abgebildet werden.

SPD: G8-Pavillon zu teuer

Nicht alle Maßnahmen zur geplanten Aufwertung der Fußgängerzone unterstützt die SPD. Die Aufstellung des G8-Pavillons sei zu teuer in Anschaffung und Unterhalt. Auch die geplante Abholzung und Wiederanpflanzung fast aller Bäume in der Fußgängerzone lehne man ab.

Kritik übte Faßbender an der Umsetzung des Bahnhofprojekts. Die CDU „nickt nur das ab, was der Investor vorgibt“. Die SPD lehnte den Haushalt ab, obwohl es eine Reihe von Positionen gebe, die man unterstütze, etwa die An-

Die Schulden steigen

Der Haushalt sieht für 2017 Einnahmen in Höhe von 188 Millionen Euro und Ausgaben von 193 Millionen vor, im Haushaltsjahr 2018 ist das Minus mit fast zehn Millionen Euro noch größer. Der Schuldenstand steigt in diesem Jahr um fast 16 Millionen Euro und 2018 um 23 Millionen Euro. 2017 liegen die Schulden der Stadt Bergheim bei 133 Millionen Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird laut Kämmerer von jetzt rund 2200 Euro auf 2550 Euro im

nächsten Jahr und mehr als 2700 Euro im Jahr 2021 steigen.

Geplant sind Investitionen von rund 32 Millionen Euro in diesem Jahr und 36 Millionen Euro im kommenden Jahr, unter anderem für die Infrastruktur am künftigen Einkaufszentrum am Bahnhof, neue Turnhallen und Kindergärten oder auch den Abriss des Hochhauses an der Albrecht-Dürer-Allee. Steuererhöhungen sind nicht vorgesehen. (dv)

pflanzung des Bethlehemer Waldes, die höhere Förderung der Jugendarbeit in Vereinen oder den Kunstrasen für den FFC Kenten.

Peter Hirseler (Grüne) sprach von einem Dilemma: „Wer nicht investiert, geht auf Dauer pleite, und wer investiert auch – durch Zinsen, Tilgung und Abschreibun-

gen.“ Es sei schwierig, Entscheidungen gegen den Bürgerwillen zu treffen, sagte Hirseler mit Blick auf den vorerst abgewendeten Abriss der Tennishalle Niederaußem.

So bleibe nur der Weg, auf der anderen Seite die Einnahmen zu erhöhen. Dies peile man mit dem

Bau von Windkraftanlagen mit städtischer Beteiligung an. Die Grünen hätten sich zudem einbringen können, etwa mit Geld für die Wiederaufforstung des Bethlehemer Waldes, der Erhöhung der Entschädigung für Fundtiere ans Tierheim oder der Anschaffung einer mobilen Behinderten-Toilette.

Die FDP kritisierte trotz Zustimmung einen zu laxen Umgang mit dem Geld der Bürger. Mehr als 130 Millionen Euro Schulden lasteten auf dem Haushalt, die Pro-Kopf-Verschuldung liege bei 2200 Euro – und werde noch deutlich steigen, sagte Fraktionschef Alfred Friedrich. Er forderte die Wiedereinführung der Schuldenbremse und eine Investition in die Infrastruktur der Stadt anstatt in die Stadtmauer.

Auch Pro NRW kritisierte die hohen Ausgaben, sah aber, dass „notwendige Investitionen“ sein müssten. Die Vertreter der BfB-Fraktion fehlten in der Sitzung wegen Krankheit.